

Arbeiter*innen der Fernas Mine, September 2024.

ZIVILGESELLSCHAFT UNTER DRUCK

TÜRKEI – HERAUSFORDERUNGEN FÜR GEWERKSCHAFTEN

VON ULRIKE DUFNER

Die aktuellen Daten zur Türkei hinsichtlich Pressefreiheit, Meinungsfreiheit sowie Rechtsstaatlichkeit sind bedrückend (s. Kasten). Diese prekäre menschenrechtliche Situation prägt alle Bereiche der Zivilgesellschaft und schränkt ihren Handlungsspielraum enorm ein. Laut Angaben des Internationalen Gewerkschaftsbundes (ITUC) gehört die Türkei zu den zehn Ländern mit den schlechtesten Bedingungen für Arbeiter*innen (ITUC 2024: 8).

EINE SCHIER ENDLOSE GESCHICHTE DES AUTORITARISMUS

Die Geschichte der Türkei seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem Übergang zum Mehrparteiensystem ist gekennzeichnet von Militärputschen (1960, 1971, 1980 und 2016). Das politische System ist noch immer stark geprägt von den re-

pressiven Gesetzen des Militärputsches von 1980 (Bozkurt-Güngen: 2018). So gelang es bis heute nicht, die bestehende Verfassung auf demokratische Füße zu stellen. Viele Expert*innen werteten die Anfangsjahre der Regierungsübernahme der AKP, der Partei von Staats- und Regierungschef Recep Tayyip Erdoğan, ab 2002 als eine Phase der Demokratisierung (Akçay: 2021). Diese Einschätzung ist aber eher auf das Aufblühen der Zivilgesellschaft und den Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen 2005 zurückzuführen. Denn die in dieser Phase verabschiedeten Gesetze sprechen eine andere Sprache: das Strafgesetzbuch (2005), die Strafprozessordnung (2005), das Gesetz zur Bekämpfung des Terrorismus (2006) und das Gesetz über die Befugnisse und Pflichten der Polizei (2007) - all diese Gesetze schränkten die demokratischen Rechte enorm ein. Proteste von Gewerk-



INFODATEN TÜRKEI

| | |
|---|---|
| Hauptstadt | Ankara |
| Bevölkerungszahl | 86,3 Mio. (2024), darunter: 50,1% Frauen; 49,9% Männer |
| Menschen in extremer Armut (Einkommen weniger als 2,15 USD/Tag) | 0,4 |
| Wichtigste Ausfuhr Güter | Textilien/Bekleidung; Kfz und -Teile; Nahrungsmittel; Maschinen (2023) |
| Wichtigste Abnehmerländer | 1. Deutschland 2. USA 3. Irak |
| Wichtigste Ausfuhr Güter nach Deutschland | Textilien/Bekleidung; KFZ -Teile; Maschinen (2023) |
| Rangliste des Global Gender Gap Index | 127 von 146 (2024) |
| Rangliste der Pressefreiheit | 158 (von 180 Ländern) (2023) |
| CIVICUS Monitor | Unterdrückt (24 von 100) |
| Global Rights Index | 5 (keine Rechtsgarantie) |
| LGBT Equality Index | 36 (105 von 197) |

Quellen: UNFPA 2024, GTAI 2024c, CIVICUS Monitor 2024, Reporter ohne Grenzen 2024, ITUC 2024, Equaldex 2025

schaften oder der Zivilgesellschaft wurden durch die immer breiter gefasste Definition von Terrorverbrechen kriminalisiert (Erol / Şahin: 2023, 142).

Die Regierung leitete eine weitere Welle an Repressionen ein, nachdem die Opposition immer stärker wurde und einer ihrer Verbündeter eigene Machtansprüche stellte: Ausgangspunkt der Oppositionsbewegung sind die sog. Gezi-Protteste im Jahr 2013. Ausgelöst durch Umstrukturierungspläne des insbesondere für die Gewerkschaftsbewegung wichtigen Taksim-Platzes und des angrenzenden Gezi-Parkes entwickelte sich eine Protestwelle gegen die AKP-Regierung, an die sich ein breites Spektrum zivilgesellschaftlicher Organisationen im ganzen Land anschloss. Mehr als 3,5 Millionen Menschen nahmen an rund 5.000 Protestaktionen teil. Die Gezi-Protteste wurden gewaltsam niedergeschlagen. Es kam zu mehreren

Todesopfern auf Seiten der Demonstrierenden. Bis heute sind zahlreiche Oppositionelle wegen vermeintlicher Unterstützung der Protteste in Hochsicherheitsgefängnissen inhaftiert.

Etwas zeitgleich zu den Gezi-Prottesten tobte ein Machtkampf zwischen der nationalistisch-islamistischen Gülen-Bewegung und der AKP-Regierung. Die Gülen-Bewegung, welche ihre Position im Geheimdienst, dem Polizei- und Justizapparat sowie Bildungs- und Medienbereich ausbaute und als enger Bündnispartner der AKP galt, beanspruchte zunehmend eine stärkere Beteiligung an der politischen Macht. Vor den Augen der Öffentlichkeit tobte daraufhin ein Machtkampf zwischen den einstigen Verbündeten. Dieser kulminierte darin, dass die Gülen-Bewegung Ende 2013 Tonband-Aufzeichnungen veröffentlichte, in denen dem Ministerpräsidenten, seiner Familie und politisch Nahestehenden Korruption in Millionen-Höhe vorgeworfen wurde.

Bei den Parlamentswahlen im Frühsommer 2015 verlor die AKP dann die Mehrheit im Parlament. Der pro-kurdischen HDP gelang es mit ihrem Parteivorsitzen Selahattin Demirtaş erstmals, die 10%-Hürde zu überschreiten. Nachdem es zu keiner Regierungsbildung kam, wurde im Novem-

SHRINKING SPACES: DIE EINSCHRÄNKUNG VON HANDLUNGSSPIELRÄUMEN

Unter Shrinking Spaces wird die zunehmende Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume verstanden. Dazu gehört die schrittweise Begrenzung von politischen Partizipationsmöglichkeiten und Freiheiten für Organisationen und Individuen, häufig gepaart mit Willkür und Straflosigkeit für mächtige Personen. Weltweit sind verstärkt Entwicklungen zu beobachten, wonach zivilgesellschaftliches Engagement immer stärker unter Druck gerät – durch repressive Gesetze, Überwachung, Einschränkungen von Versammlungsrechten, oder bürokratische und finanzielle Hürden für NRO. Auch für jede*n Einzelne*n wird zivilgesellschaftliches Engagement immer gefährlicher. Maßnahmen gegen Aktivist*innen reichen von Einschüchterungen, Freiheitsstrafen und Gewaltandrohungen bis hin zu Ermordungen.

In insgesamt acht Factsheets greift SÜDWIND diese Thematik anhand der Beispielländer Bangladesch, China, Indien, Ghana, Kenia, Kolumbien, Mexiko und der Türkei auf.



Streik in Izmir gegen Entlassungen der Kommune. Ein Arbeiter trat in den Hungerstreik.

ber 2015 erneut gewählt. Aus diesen Wahlen ging die AKP mit einer Parlamentsmehrheit hervor. Schließlich ereignete sich im Juli 2016 ein sog. Putschversuch gegen die Regierung, welcher der Gülen-Bewegung angelastet wird.¹

In Folge dieser gegen die AKP gerichteten Ereignisse regierte die Regierung unter der Führung von Erdoğan das Land mit immer härterer Hand. Mit Hilfe von sog. Dekreten mit Gesetzeskraft wurden willkürlich Tausende von Menschen inhaftiert, aus dem öffentlichen Dienst entlassen und ihrer Rentenansprüche beraubt. Im Jahr 2018 schließlich wurde das Präsidialsystem etabliert und die Macht des Präsidenten zementiert.

Die Zunahme autoritärer Strukturen ereignete sich auch vor dem Hintergrund einer sich verstärkenden wirtschaftlichen Krise, welche durch die Covid-Pandemie weiter befeuert wurde. Durch die hohe Inflation, die seitens der Regierung mit 61%, unabhängigen Schätzungen zufolge aber mit bis zu 143% angegeben wurde (März 2022) und einer sehr schlechten Wirtschaft befindet sich die Türkei in einer anhaltenden Währungs- und Schuldenkrise (Yılmaz 2024).

Vor dem Hintergrund dieser repressiven Politik wird in diesem Fact Sheet auf die Rolle und Handlungsspielräume der Gewerkschaften eingegangen.

DIE SITUATION DER BESCHÄFTIGTEN AM TÜRKISCHEN ARBEITSMARKT

Eine Besonderheit der Struktur der Beschäftigten in der Türkei ist der große staatliche Sektor. Das

Arbeitsgesetz unterscheidet zwischen Beschäftigten des öffentlichen Sektors und des privaten Sektors. Die Beschäftigten des öffentlichen Sektors wiederum unterteilen sich in Angestellte, vom öffentlichen Arbeitgeber beschäftigte Arbeiter*innen und in Beschäftigte von Subunternehmen (Beispiel: eine Krankenschwester in einem staatlichen Krankenhaus, die aber nicht vom Krankenhaus direkt, sondern einem Subunternehmen beschäftigt ist).

Für das Jahr 2022 wird von rund 3,5 Millionen Angestellten, 1,5 Millionen Beschäftigten im öffentlichen Sektor und etwa 17 Millionen Beschäftigten im privaten Sektor ausgegangen. Zu letzteren gehören etwa 2,5 Millionen türkische informelle Beschäftigte und 1 Million informelle Arbeiter*innen ohne türkischen Pass (Birelma 2022: 3).

Die Zunahme der **Beschäftigung bei Subunternehmen** stellt eines der größten strukturellen Probleme des Arbeitsmarktes in der Türkei dar. So stieg die Anzahl der bei Subunternehmen Beschäftigten im Zeitraum 2002 bis 2011 um das Vierfache und betrug 2011 mehr als 1,6 Millionen (Arıcan 2018: 35). Diese werden in der Regel auf der Grundlage von Kurzzeitverträgen für unsichere und schlecht bezahlte Arbeitsplätze eingestellt, sind dem Markt überlassen und verfügen nur über begrenzte Möglichkeiten der sozialen Absicherung (Arıcan 2018: 40). In einem Betrieb sind somit Arbeiter*innen zu vollkommen unterschiedlichen Konditionen beschäftigt: Angestellte oder vertraglich abgesicherte Arbeiter*innen, gewerk-

¹ Bis heute sind die Hintergründe und Verantwortlichen Akteure der Ereignisse vom 15. und 16. Juli 2016 nicht geklärt.

schaftlich organisierte Arbeiter*innen mit Tarifabschluss und bei Subunternehmen Beschäftigte (Bilgin 2017: 214).

Ein weiteres Strukturmerkmal des Arbeitsmarktes ist die hohe Arbeitslosigkeit.

Das Forschungsinstitut des Gewerkschaftsdachverbandes DISK und führende Arbeitsmarktforscher*innen gehen von einer steigenden Arbeitslosenrate von 26,5% (darunter 33,8% Frauen und 22,2% Männer) aus. Offizielle Zahlen hingegen sprechen von einer rückläufigen Arbeitslosigkeit und einer Rate von 9,1% (Duvar 11.3.2024; DİSKAR 2024a: 3; Çelik / Azbulut / Kanday 2021). Besorgniserregend ist die hohe Arbeitslosenrate unter den Jüngeren: Über ein Drittel der 15-24 Jährigen (33% der Männer und 45,7% der Frauen) waren 2024 arbeitslos (DİSKAR 2024b: 6). Besonders problematisch ist, dass 87% der arbeitslos gemeldeten Menschen nach Angaben des Arbeitsamtes İŞKUR vom Januar 2024 keine Arbeitslosenunterstützung erhalten. (DİSKAR 2024a: 6f.). Dies ist auch ein Faktor dafür, dass 2022 knapp ein Drittel der Bevölkerung von Armut bedroht war (30,7 % der Männer; 34,9 % der Frauen) (Eurostat 2024).

DER LANGE SCHATTEN DES MILITÄRPUTSCHES 1980




Die geschilderten Strukturmerkmale des Arbeitsmarktes stellen bereits große Herausforderungen für die Arbeit von Gewerkschaften dar. Erschwert wird die Arbeit durch die gewerkschaftsfeindliche Politik und Arbeitsgesetze und die gewerkschaftsfeindliche Haltung vieler Unternehmen.

Bis heute hat der Militärputsch aus dem Jahr 1980 tiefe Spuren auch hinsichtlich der Gewerkschaften hinterlassen. Viele junge Menschen kennen die Geschichten ihrer Familienangehörigen, die Zeitzeugen des Putsches waren. Drei Jahre lang herrschten in der Türkei die Militärs. Oppositionelle Strömungen wurden verboten und zerschlagen, viele Aktivist*innen wurden inhaftiert und gefoltert. Politische Parteien waren zunächst verboten. Erst 1987 wurde das Politikverbot gegen ehemalige politische Parteiführer aufgehoben.

Die Nachwirkungen der militärischen Intervention betrafen alle Gewerkschaftsverbände; der eher linksgerichtete DİSK war hiervon aber besonders stark betroffen. Sein Vermögen wurde konfisziert, die Anführer vor Gericht gestellt und in bestimmten Fällen mit der Todesstrafe angeklagt. Über 500 Oppositionelle wurden zum Tode verurteilt, 50 Todesurteile wurden vollstreckt. 171 Menschen starben in Haft unter den Folgen der Folter (İHD, o.J.). Erst 1992 konnte DİSK seine Tätigkeit wieder aufnehmen (Adaman / Buğra / Insel 2008: 6). Von diesem Schlag – sowohl dem Verbot als auch der ideologisch-politischen Haltung der

Erst
1987
wurde das Politikverbot gegen ehemalige politische Parteiführer aufgehoben.

DIE GEWERKSCHAFTSDACHVERBÄNDE DER TÜRKEI (OHNE ÖFFENTLICHEN SEKTOR)

| | | |
|---|---|-----------------------------|
|  | DİSK – 1967 gegründet, politisch links orientiert | 212.593 Mitglieder |
|  | Türk İş – 1952 gegründet, gilt als sog. Gelbe Hausgewerkschaft, sucht Einvernehmen mit Regierung | 1.213.439 Mitglieder |
|  | Hak İş – 1976 gegründet, politisch der AKP nahestehend | 727.197 Mitglieder |

Quelle: Birelma 2022: 2

Regierenden gegen den DİSK - hat sich der Dachverband bis heute nicht erholt. Demgegenüber durfte der Gewerkschaftsverband Türk-İş sofort nach dem Putsch wieder tätig sein und bot sich den Generälen als stabiler Partner an. Die islamisch-nationalistisch orientierte Hak-İş wurde bereits ein Jahr nach dem Putsch wieder zugelassen.

Trotz der drakonischen, gewerkschaftsfeindlichen Gesetze, die von den Militärs 1983 eingeführt wurden, erfuhr die Gewerkschaftsbewegung mit dem Ende des Politikverbots einen enormen Aufwind. Anfang der 1990er Jahre waren erste große Streiks zu verzeichnen und immerhin erreichten die Gewerkschaften Ende der 1980er Jahre einen Organisationsgrad von rund 25% - ohne die Beschäftigten des öffentlichen Sektors (Birelma 2021: 1841).

Beschäftigte des öffentlichen Dienstes erkämpften sich 2001 das Recht auf gewerkschaftliche Organisation, auf Tarifverhandlungen und auf Streik (FES 2023: 3). Allerdings haben sie bis heute in einigen Branchen wie den öffentlichen Krankenhäusern, im öffentlichen Nahverkehr, oder in der Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung kein Streikrecht (vgl. Keser 2014).

Das Arbeitsgesetz (2003) und das Gewerkschaftsgesetz (2012) stehen in der Tradition der Politik der Militärs von 1980 und regeln bzw. begrenzen bis heute die Möglichkeiten gewerkschaftlicher Organisation:

- ▶ Um die Berechtigung zu erhalten, Tarifverhandlungen zu führen, muss eine Gewerkschaft mindestens 50% aller Beschäftigten eines Unternehmens (oder 40% bei einem Unternehmen mit mehreren Zweigstellen) organisieren und mindestens 3% des gesamten Wirtschaftszweiges als Mitglieder führen (Art. 41).
- ▶ Nur die Gewerkschaft mit den meisten Mitgliedern in einem Unternehmen kann dort Tarifverhandlungen führen (Art. 41 Abs. 3).

- ▶ Streiks können nach Artikel 63 aus Gründen der nationalen Sicherheit oder des Wohlergehens durch Beschluss des Ministerrates um 60 Tage verschoben werden.
- ▶ Gewerkschaften müssen sich entlang von 20 Industrie-Sektoren organisieren. Vor dem Militärputsch bestanden 28 Wirtschaftszweige, die relativ willkürlich in 20 Sektoren zusammengefasst wurden. Dies hatte zur Folge, dass die Gewerkschaften häufig die Branche wechseln und aufgrund der geringeren Anzahl an Sektoren nunmehr eine höhere Zahl an Mitgliedern gewinnen mussten. Zudem war es nicht möglich, sich entlang von Berufsgruppen oder in einem einzigen Betrieb zu organisieren.
- ▶ Selbst wenn eine Gewerkschaft alle Hürden genommen hat, kann der Arbeitgebende hiergegen Klage erheben und langwierige Verfahren vor Gericht einleiten (Birelma 2022: 4ff.).

Die restriktiven Gesetze reichten der türkischen Regierung mit zunehmender Wirtschaftskrise, Inflation und schwindendem Rückhalt in der Gesellschaft sowie politischer Konflikte mit der Gülen-Bewegung jedoch nicht aus. Sie griff immer stärker zu verschärften Maßnahmen gegen regierungskritische Gewerkschaften und baute parallel dazu ein klientelistisches Netz an regierungsfreundlichen Gewerkschaftsverbänden auf.

Gewerkschaftsverbände, die von der AKP unterstützt wurden oder sich der Partei annäherten, gewannen so deutlich an Macht. Die Mitgliederzahl der regierungsfreundlichen Gewerkschaften stieg hierdurch enorm an, während die Mitgliederzahl der regierungskritischen Gewerkschaften vor dem Hintergrund des allgemeinen repressiven politischen Klimas zurückging. Dies wird u.a. am Beispiel der Gewerkschaften der Beschäftigten im öffentlichen Dienst deutlich: im Jahr 2013 sank so die Mitgliederzahl der linken KESK der öffentlichen Bediensteten um 9,5 % auf 237.180. Hingegen stieg die der nationalistischen Türkiye KAMUSSEN um 26 % auf 444.935 und die der AKP-nahen MEMUR-SEN um sagenhafte 1.690 % auf 707.652 Mitglieder (Erol / Şahin 2023: 137).

Die AKP-Regierung übersäte die regierungskritischen Gewerkschaftsmitglieder mit Strafverfahren wegen vermeintlicher Nähe zur PKK bzw. zur Gülen-Bewegung, inhaftierte deren Mitglieder und reagierte insbesondere nach dem vermeintlichen Putschversuch 2016 mit Entlassungen, von denen ein hoher Anteil gewerkschaftlich organisiert war. Von den 126.000 entlassenen Beamt*innen waren 67% Gewerkschaftsmitglieder (FES 2023:4).

Schließlich erklärte Präsident Erdoğan, dass der Ausnahmezustand der Jahre 2016-2018 ein gutes Vehikel sei, um Streiks zu verbieten und



Panzer-Palettenarbeiter*innen in Sakarya, 26.3.2019

Mitglieder von PTT-Sen vor dem Postverteilungszentrum in Muğla (18. September 2021)

den reibungslosen Ablauf in Unternehmen zu gewährleisten. Arbeitskonflikte in Schlüsselsektoren und Mega-Bauprojekten wie dem Istanbul Flughafen, von dem das Regime für ein langfristiges Wachstum abhängig ist, wurden von den Sicherheitskräften massiv unterdrückt und der Strafverfolgung ausgesetzt. Diese Art der Kriminalisierung betraf zunehmend auch gemäßigte Gewerkschaften wie die Tümtiş (ein Mitglied der TÜRK-İŞ), die sich in der sich verschlechternden wirtschaftlichen Lage stärker für die Rechte ihrer Mitglieder einsetzen (Erol / Şahin 2023: 142).

Während die Regierung in den ersten vierzehn Jahren (2003-2016) insgesamt acht Streiks von 40.000 Streikenden verbot, waren es allein in den Jahren 2017 und 2018 sieben Streiks von 150.000 Arbeiter*innen (Birelma 2022: 7f.). Trotz der Streikverbote gab es seitens der Gewerkschaften sogenannte nicht offizielle Streiks: In den fünf Jahren von 2015-2020 wurden insgesamt 524 dieser Streiks organisiert (ebd. 8). Die Restriktionen der türkischen Regierung seit 2016 erklären, warum sich die Türkei im Jahr 2024 unter den zehn Ländern mit den schlechtesten Bedingungen für Arbeiter*innen einreihen muss (ITUC 2024: 8).

UNTERNEHMEN NUTZEN DIE GESETZE WEIDLICH AUS

Wie dargelegt räumt das Gesetz aus dem Jahr 2003 Arbeitgeber*innen die Möglichkeit ein, gegen die Arbeit der Gewerkschaften selbst dann juristisch vorzugehen, wenn diese die hohen gesetzlichen Hürden genommen und vom Arbeitsministerium die Erlaubnis für Tarifverhandlungen erhalten haben. Hierfür können Arbeitgeber*innen behaupten, die Zahl der Beschäftigten sei höher und die Gewerkschaft habe folglich nicht den erforderlichen Organisationsgrad erreicht; das Unternehmen habe Zweigstellen, was ebenso einen höheren Grad an Organisation erfordere; oder das Unternehmen gehöre einem anderen Industriezweig an.

Von dieser Möglichkeit machen die Unternehmen in der Türkei regen Gebrauch und klagen gegen die Erlaubnis gewerkschaftlicher Betätigung. Eine derartige Klage dauert im Durchschnitt 1,5 Jahre, manche berichten von mittlerweile über zwei Jahren. Solange kein finales Urteil gefällt ist, können die Gewerkschaften per Gesetz keine Tarifverhandlungen führen. In der Zwischenzeit werden häufig die Aktivist*innen in den Unternehmen entlassen und Repressionen ausgesetzt, so dass den Gewerkschaftsvertreter*innen auf Betriebsebene die

Im Jahr
2024
gehörte die Türkei zu den zehn Ländern mit den schlechtesten Bedingungen für Arbeiter*innen



Luft ausgeht und sie ihre Mitgliedschaft zurückziehen (Birelma 2022: 5).

Auch wenn die Gewerkschaften das Verfahren am Ende gewinnen sollten, waren laut einer Studie von Birelma (2021) am Ende nur noch 27% in der Lage, auch Tarifverhandlungen abzuschließen. Es war den Unternehmen gelungen, die Gewerkschaft auf Unternehmensebene zu zerschlagen (ebd.: 1842).

MANGELNDER SCHUTZ BEI GEWERKSCHAFTLICHER ORGANISIERUNG

Dass Arbeitgeber*innen gegen die Registrierung zu Gericht ziehen können, gilt als sehr wichtiges Hindernis für die gewerkschaftliche Organisation. Hinzu kommt, dass die Beschäftigten nicht vor Repressionen seitens der Arbeitgeber*innen geschützt sind. Diese sind per Gesetz nicht gezwungen, Beschäftigte wieder einzustellen, die sie aufgrund ihrer gewerkschaftlichen Betätigung entlassen haben. Selbst entsprechende Gerichtsurteile schützen die Beschäftigten nicht (Birelma 2022: 5).

Zudem verlieren nach Gesetz Nr. 6356 Beschäftigte von Unternehmen mit weniger als 30 Mitarbeitenden, die aufgrund ihrer gewerkschaftlichen Organisation entlassen werden, ihren Anspruch auf Kompensation. Dies ist besonders alarmierend, da schätzungsweise 95 % der Unternehmen in diese Kategorie fallen und 50 % der registrierten Arbeitnehmer*innen für solche Unternehmen arbeiten (Birelma 2022: 4).

Es überrascht daher nicht, dass Arbeiter*innen aus Sorge vor Entlassungen davor zurückschrecken, sich gewerkschaftlich zu organisieren.



Nach Angaben des Ministeriums für Arbeit und Soziale Sicherheit vom Januar 2025 betrug der Organisationsgrad im privaten Sektor insgesamt nur ca. 14,6% von insgesamt 16,8 Mio. Beschäftigten (Ministerium für Arbeit und Soziale Sicherheit: 2025).

All diese Faktoren erklären, dass die Gewerkschaften in der Türkei insgesamt schwach sind und dass die Verbindung der Gewerkschaften zu Regierungsparteien das Vertrauen der Arbeiter*innen in die Gewerkschaften schwächt.

Darüber hinaus wird häufig an den Gewerkschaften in der Türkei kritisiert, dass

- ▶ diese sehr zentralistisch organisiert sind und ihre demokratischen Strukturen zu wenig ausgebildet seien. Zudem sei der Anteil von Frauen in Führungspositionen sehr niedrig.
- ▶ sie sich nicht für die Probleme von Arbeiter*innen einsetzen, die nicht Mitglied der Gewerkschaft seien.
- ▶ sich die Gewerkschaften nicht für die diejenigen einsetzen, die in ungesicherten Arbeitsverhältnissen steckten.
- ▶ sie sich nicht für Arbeitslose und die von Armut betroffenen Bevölkerungsgruppen engagierten (Birelma 2021: 1844).

WILDE STREIKS UND UNABHÄNGIGE GEWERKSCHAFTEN

Zunehmend nehmen Arbeiter*innen daher ihr Schicksal selbst in die Hand und streiken auch ohne die Unterstützung der Gewerkschaftsverbände, so z.B. 2015 die Metallarbeiter*innen, 2017 syrische, kurdische und türkische Arbeiter*innen von Unterauftragnehmer*innen (subcontractor) der großen Schuhmarken oder Anfang 2022 die rund 1.000 freiberuflich beschäftigten Kuriere

von Trendyol, einer Firma von Alibaba. Insgesamt gab es in den ersten beiden Monaten des Jahres 2022 allein 108 „illegale“ Streiks. Die Hälfte dieser Streiks wurden ohne Unterstützung der Gewerkschaftsdachverbände organisiert. 26 Streiks waren von kleinen, linken Gewerkschaften unterstützt (Birelma 2022: 7f).

Außerdem gründeten die Beschäftigten neue und unabhängige Gewerkschaften, um sich eigenständig für ihre Forderungen und Belange einzusetzen und Tarifabschlüsse zu erzielen, mit denen sie zufrieden sind (vgl. 1+1 Express, 18. Februar 2022). Im Jahr 2022 wurden immerhin bereits 18% der Streiks in der Türkei von unabhängigen Gewerkschaften organisiert. Auch im Jahr 2023 nahmen die von den unabhängigen Gewerkschaften organisierten Streiks den vierten Platz ein (EÇT 2024: 24).

„WENN DIE ARBEITER IHRE ANGELEGENHEIT IN DIE HAND NEHMEN, WÄCHST DIE GESCHICHTE“ – DAS BEISPIEL: PTT-SEN UND PTT-KARGO SEN

Die Gründung alternativer Gewerkschaften begann 2019 als der Transportsektor der vormals staatlichen türkischen Post (PTT) von einem Subunternehmen übernommen wurde. Denn weder die unter dem Dachverband Hak-İş organisierten Gewerkschaften noch die Gewerkschaften der Türk-İş kümmerten sich um die Belange der Arbeiter*innen der Subunternehmen. Gegenüber dem linken Dachverband DİSK hingegen hatten die Beschäftigten Vorbehalte. Schließlich gründeten sie die unabhängige Gewerkschaft PTT-Sen mit 1.750 Mitgliedern und PPP Kargo-Sen mit 1.550 Mitgliedern.

Ayşe Büşra Yılmaz, zuständig für die Organisation von PTT-Sen, Naim Çakırgöz, Vorsitzender von PTT-Kargo-Sen und Ömer Çelik von PTT-Kargo-Sen berichten über die Gründungsgeschichte der beiden Gewerkschaften.

Çakırgöz: Die Regierung verspricht in der letzten Zeit immer wieder, jede*n festanzustellen. Aber wie für viele andere Betriebe auch, so galt dies nicht für die PTT. Stattdessen werden die staatlichen Betriebe öffentlich ausgeschrieben. Derzeit werden Arbeitsverträge für einen Monat, für drei oder maximal für sechs Monate geschlossen. Dies übt auf die Arbeiter*innen einen enormen Druck aus, bis hin zu Mobbing. Die Chefs unseres Betriebes sagen, sie könnten nichts mehr entscheiden. Die Entscheidungen werden an anderer Stelle, in der neuen Firma, getroffen. (...) Gehen wir hingegen mit unseren Forderungen zur Firma, werden wir wieder zurück zum Betrieb geschickt. Wir bleiben auf der Strecke. Unsere Lage ist vollkommen ungewiss.

Yılmaz: Jeder Subunternehmer macht, was er will. Die Unterschiede zwischen den Arbeitsbedingungen sind sehr groß, der eine beginnt um 8 Uhr, der andere wird um 6 Uhr einbestellt. (...) Ein Kollege

sagte: „Sie errichten ihre eigene Republik und regieren mit ihren eigenen Gesetzen“. Genau so ist es. **Çelik:** Wenn wir von Subunternehmern sprechen, dann sprechen wir eigentlich von Sklavenhaltertum. Und das in einem Unternehmen, das dem öffentlichen Sektor angehört. (...) Wir fordern die Beseitigung der Subunternehmer. (...) Die Arbeiter*innen von PTT waren desillusioniert und frustriert. Die anderen Gewerkschaften hatten vieles versprochen und nichts eingehalten. Unsere Gewerkschaft hingegen wird von den Arbeiter*innen der Subunternehmen geleitet. Da gibt es kein Misstrauen und mehr „Ownership“.

Yilmaz: Eine Firma, wieder ein Subunternehmen der PTT, hat die Arbeiter*innen in den Bausektor überführt, also den Sektor gewechselt. Sie schicken die Arbeiter*innen von einem zum anderen Sektor. Das lag nicht an uns. Sie machen alles, um unsere Organisation zu behindern. Ständig wechseln deswegen die Mitgliederzahlen. Damit haben wir derzeit am meisten zu kämpfen. Da unsere Kader selbst Arbeiter*innen sind, haben unabhängige Gewerkschaften größere Schwierigkeiten. Denn die Gewerkschafter*innen arbeiten und leiten die Gewerkschaft. Als unabhängige Gewerkschafter*innen haben wir auch finanzielle Probleme. All das erschwert die Arbeit von unabhängigen Gewerkschaften. Aber es hat auch Vorteile: Es ermöglicht uns, Politik von Arbeiter*innen für Arbeiter*innen zu machen (Quelle: 1+1 Express, 16.9.2019, übersetzt und zusammengestellt von U. Dufner).

FAZIT

Etlche Faktoren spielen eine Rolle, dass die Gewerkschaften in der Türkei heute enorm gefordert und in Teilen überfordert sind. Bis heute wirkt die Ideologie des Militärputsches aus dem Jahr 1980 nach. Der zunehmende Autoritarismus der AKP- Regierung, der nach dem sog. Putschversuch von 2016 weiteren Aufwind bekam, führt zu einer Kriminalisierung links-politischer Kräfte insgesamt – auch unter den Gewerkschaften. Darüber hinaus hat der Klientelismus von Teilen der

Gewerkschaftsdachverbände mit der Regierungspartei die Schwächung der Gewerkschaften weiter vorangetrieben. Konfrontiert mit einer hohen Arbeitslosigkeit, einem enorm hohen Anteil an Beschäftigten in Subunternehmen in „sklavenähnlichen Arbeitsverhältnissen“ und sinkenden Reallöhnen aufgrund der hohen Inflation sind schlagkräftige und von den Regierenden unabhängige Gewerkschaft mehr denn je nötig.

In dieser Situation organisieren die Beschäftigten eigenständige Streiks und bilden neue, unabhängige Gewerkschaften. Dadurch ist insgesamt eine Dynamik in der Gewerkschaftslandschaft entstanden. Die Gewerkschaften setzen sich wieder stärker für die Belange der Belegschaft ein und konnten auch schon Tarifabschlüsse im Sinne der Belegschaft erzielen. In diesen Gewerkschaften sind auch Frauen in entscheidenden Positionen. Gleichzeitig wirkt sich dies auch positiv auf die traditionellen Gewerkschaften aus.

Auf der anderen Seite beobachten wir weiterhin, wie Unternehmen alle rechtlichen Spielräume nutzen, um eine gewerkschaftliche Organisation zu erschweren. Sie schrecken dabei nicht vor Entlassungen der Gewerkschafter*innen zurück und fechten in langwierigen juristischen Verfahren die Möglichkeit von Gewerkschaften an, in ihrem Unternehmen Tarifverhandlungen zu führen.

Bei der Durchsetzung gewerkschaftlicher Organisation können insbesondere ausländische Unternehmen eine wichtige Rolle spielen. Sie können beispielhaft eine gewerkschaftliche Organisation in ihren Betrieben fördern und mit den Gewerkschaften Tarifverhandlungen führen, welche die legitimen Belange der Beschäftigten berücksichtigen. ◆

LITERATUR

Das Literaturverzeichnis ist hier <https://tip.de/dacig> oder unter diesem QR-Code abrufbar:



FÖRDERER



IMPRESSUM

Bonn, 2025-08

HERAUSGEBER:
SÜDWIND e.V.
Kaiserstraße 201,
53113 Bonn
Tel.: +49(0)228-763698-0
info@suedwind-institut.de
www.suedwind-institut.de

V.i.S.d.P.:
Dr. Ulrike Dufner

BANKVERBINDUNG SÜDWIND:
KD-Bank
IBAN: DE45 3506 0190 0000 9988 77
BIC: GENODED1DKD

AUTORIN:
Dr. Ulrike Dufner

REDAKTION UND LEKTORAT:
Maike Adams, Nina Giaramita,
Irene Knoke
V.i.S.d.P.: Dr. Ulrike Dufner

GESTALTUNG:
twotype design,
Hamburg

DRUCK UND VERARBEITUNG:
Brandt GmbH, Bonn
Gedruckt auf
Recycling-Papier

factsheet
Türkei:
Herausforderungen für Gewerkschaften
2025-08

